

Preisangelegenheiten und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Berlin und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Räumungsvorbereitungen in Essen.

Abzug der Marokkaner. — Die Stadt Oberhausen geräumt.

Köln, 14. Juli. (Wit.) Während von einer Reihe von Städten des Industriegebietes auf Grund von Mitteilungen der Befehlsnachrichten vorliegen, daß die Räumung in diesen Tagen erfolgt sein soll, verlautet darüber in Essen bisher noch nichts.

Oberhausen, 14. Juli. (Wit.) Die Stadt Oberhausen kann als geräumt bezeichnet werden. Nur auf dem Bahnhof liegt noch ein kleines Kommando der französischen Truppen.

Abzug der Marokkaner.

Paris, 14. Juli. (Wit.) Wie dem Matin aus Wiesbaden berichtet wird, hat die marokkanische Division, die in der Pfalz und zwar in Landau und Umgegend steht, gestern ihre Standorte verlassen, um sich nach Marokko zu begeben.

Ein neuer Konflikt?

Der deutsch-englische Handelsvertrag.

Zur Vorbereitung der parlamentarischen Ratifizierung liegt dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages der deutsch-englische Handels- und Schiffahrtsvertrag vor. Er wurde am 2. Dezember vorigen Jahres von den Bevollmächtigten der beiden Regierungen unterzeichnet.

Zwingende außenpolitische Gründe aber machen es unzulässig, die parlamentarische Bestätigung dieses Handelsvertrages zu verzögern, zu den völlig oder bedenklich ins Stocken geratenen Verhandlungen mit Polen und Frankreich den Bruch bereits vollzogener Abmachungen hinzuzufügen und damit die handelspolitische Situation Deutschlands noch weiter zu verelenden.

Der englische Handelsvertrag war der erste, der in den Ball von Mindestbegünstigung, der Deutschland bis zum 10. Januar d. J. umschloß, eine Bresche schlug. Er bildete die Einleitung zu den vertraglichen Verhandlungen mit den anderen Staaten und trug so gegenüber Italien und Spanien zum Abschluß von Handelsverträgen bei und leitete die Verhandlungen mit den anderen Staaten ein.

Eine Verzögerung der parlamentarischen Ratifizierung dieses englischen Handelsvertrages würde das bisher Erreichte ernsthaft gefährden. Die für die Beseitigung der deutschen Sonderbehandlung erforderlichen Befehle sind vom englischen Unterhaus bereits angenommen, bedürfen aber noch der Zustimmung des Oberhauses, die solange zurückgestellt wird, bis die Ratifizierung durch den deutschen Reichstag vorliegt.

Der Reichsaussenminister legt auf die Ratifizierung des deutsch-englischen Handelsvertrages vor der Verschleppung der Zollvorlage großen Wert. Die Verschleppung auf den Spätherbst, die von den Rechtsparteien beabsichtigt ist, würde die Spannung zwischen ihm und den Deutsch-

nationalen vermehren. Es scheint, daß die Deutschnationalen mit der Verschleppung neuen Konfliktsstoff schaffen wollen. Die Gerüchte, daß sie auf den Sturz des Reichsaussenministers hinarbeiten und bereits einen ihnen genehmen Nachfolger in Reserve haben, behaupten sich hartnäckig.

Auswärtiger Ausschuss.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages übermies heute den deutsch-britischen Handelsvertrag nach längerer Diskussion und ohne erhebliche Aussprache auch dem Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten dem handelspolitischen Ausschuss.

Englischer Druck auf Rußland.

Chamberlains Warnungen.

London, 14. Juli. (Wit.) Zu der gestrigen Unterredung Chamberlains mit Katoski schreibt der diplomatische Bericht des Daily Telegraph, der russische Geschäftsträger habe sich schließlich erklart gezeugt, daß seine Besorgnisse wegen der Möglichkeit eines baldigen Abbruchs der diplomatischen Beziehungen unbegründet seien, aber die Bemerkungen des Staatssekretärs des Außenbüros hätten Katoski keinerlei Illusionen über den Ernst gelassen, mit dem britischerseits die englandfeindliche Propaganda von Sowjetagenten und Sowjetagenten in Asien betrachtet werde.

Ein Richter gemafregelt.

Aber nicht wegen Freispruch eines völkischen Mörders!

Man schreibt uns: Ein bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte angestellter Richter, der Vormundschafsachen bearbeitet, wies einen Antrag auf Unterbringung eines Kindes zur Fürsorgeerziehung zurück, der unter anderem darauf gestützt war, daß die Mutter des Kindes mit einem Mann zusammenlebt, ohne mit ihm verheiratet zu sein.

Bald darauf wurde dem Richter eines Morgens, als er sich zu seinem Dienst einfind, in seinem Bureau mitgeteilt, daß ihm durch einstweilige Anordnung des Amtsgerichtspräsidenten die weitere Bearbeitung der Vormundschafsachen entzogen und er an eine Zwangsvollstreckungsabteilung versetzt sei.

Der Richter war früher bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte Schöffengerichter. Vor ihm als Schöffengerichter wurde gegen rechtsradikale Angeklagte eine Anzahl Strafverfahren mit stark politischem Hintergrund verhandelt, in denen das Schöffengericht auf erhebliche Strafen erkannte.

Zu der jetzigen Versetzung an die Zwangsvollstreckungsabteilung ist zu bemerken, daß die Geschäftsverteilung bei den Amtsgerichten durch Beschluß des Präsidiums des übergeordneten Landgerichts (bestehend aus dem Präsidenten, sämtlichen Direktoren und dem dienstältesten Richter) erfolgt und zwar für das ganze Geschäftsjahr im voraus derart, daß Veränderungen im Laufe des Geschäftsjahres nur in besonderen Ausnahmefällen und auch wieder nur durch das Präsidium angeordnet werden können.

Diese Regelung war zu Zeiten der Schaffung des Gerichtsverfassungsgesetzes getroffen worden, um die Möglichkeit einer Kabinettsjustiz zu verhindern. Heute wird sie zu einem Mittel, um republikanische Richter, die gegen rechtsradikale Angeklagte ohne Ansehen der Person vorgehen, oder eine vernünftige Entscheidung in Fürsorgefällen fällen, zu mehrmehren! Ein Beversdorf kann weiter antworten und den Richtern, die den Mord des Reichsbannermannes Schulz freisprechen, wird auch kein Haar gekümmert!

Frankreich und die Sicherheit.

(Von unserem Pariser Mitarbeiter.)

Paris, 13. Juli.

Die jüngsten Vorgänge innerhalb der deutschen Regierungsparteien haben in den hiesigen maßgebenden Kreisen eine starke Beunruhigung hervorgerufen. Man hatte nie angenommen, daß auch die äußerste deutsche Rechte der Politik des Kabinetts Luther-Stresemann zustimmen würde, die in den deutschen Sicherheitsvorschlägen vom Februar ihren praktischen Ausdruck fand.

In den linksgerichteten Kreisen verwehrt man dabei keineswegs die Kritik, die ja auch von der deutschen Linken an der französischen Antimorose vom 16. Juni geübt wird, mit dem allen strategischen Schachzügen des deutschen Kanzlers zum Trotz immer stärker aufflammt. Der Kampf der Deutschnationalen Partei gegen die Grundtendenzen Stresemanns Außenpolitik. So wenig man hier erwartet hätte, daß etwa Deutschland die französische Antwort in allen ihren Teilen, ohne weitere Aufklärungen zu verlangen, als leichtes Brot gutheißend würde.

Die Folge davon ist, daß den französischen Nationalisten wieder einmal das Hehndwerk erleichtert wird und sie sich mit Behagen über das „ewige Hereinfallen der französischen Linken“ und über den Zusammenbruch ihrer „Illusionen durch Konzessionen und Nachgiebigkeit gegenüber Deutschland“ lustig zu machen suchen.

Briand ist entschlossen, die deutsche Antwort auf seine Note vom 16. Juni ebenso objektiv und vom Willen zur Verständigung befezt, zu prüfen, wie die deutschen Vorschläge vom Februar. Stärker als je scheint er von der Notwendigkeit überzeugt, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund notwendig ist.

Wird Briands Hoffnung, den Sicherheitspakt im Herbst dem französischen Parlament zur Ratifikation vorlegen zu können, in Erfüllung gehen? Die Parteien der Linken wünschen es, während die Vertreter des Bloc National, unter Berufung auf die Feldzüge des Grafen Westarp und seiner Partei, das sichere Scheitern der Verhandlungen glauben anzukündigen zu dürfen.





